



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/175

24. November 1949

Der Standort der SPD

Wir bringen im folgenden eine Reihe von Zitaten aus der Schumacher-Rede vom 23. November in Hannover, die zum guten Teil über das von den Agenturen und Korrespondenten bereits veröffentlichte Material hinausgehen dürften.

"Erst die Meinung von Regierung und von Opposition zusammen stellen die ^{Wied}ergabe der Ansichten des deutschen Volkes dar. Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muss sie hören alle beide".

*

"Die Besetzungsmächte möchten wir nicht darüber im unklaren lassen, dass wir sehr erstaunt sind, wenn sie in Deutschland die Demokratie etablieren wollen und dabei eine völlig undemokratische Methode bei ihrem Vertragspartner akzeptieren".

*

"Das deutsche Volk hat niemanden legitimiert, dem Saarlande gegenüber eine Politik einzuschlagen, die die Gefahr einer dauernden Herauslösung des Saargebietes aus der Bundesrepublik mit sich bringt. Eine solche Politik zu sanktionieren, bedeutet die gleiche Versündigung an einem Geiste guter europäischer Zusammenarbeit und an den wahren Interessen Deutschlands, wie sie zu betreiben".

*

Wenn jemand berechtigt ist, in die deutsche Staatspolitik hineinzureden, dann sind es die deutschen Schwerindustrien im Lande Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, dass diese ganze Politik der vorbehalt-

losen Angebote einfach dazu dienen soll, gewisse Klassenpositionen in Westdeutschland zu retten und nicht dazu, die Völker zu versöhnen".

*

"Wir wollen der Regierung nicht nur deshalb, weil wir Opposition sind, den Weg der Aussenpolitik versperren. Wenn aber die Regierung solche Aktionen unternimmt, dann steht es nicht bei ihr, allein zu bestimmen, welchen Inhalt diese Aktionen haben sollen. Wir haben im Parlament noch keine einzige Aussprache über die Grundsätze der deutschen Aussenpolitik gehabt".

*

"Wir Sozialdemokraten sind willens, die Sicherheitsbehörde mit allen Mitteln zu unterstützen, so wie jede interalliierte Kontrollmassnahme für die Sicherheit. Aber wir wünschen keine alliierten Verwaltungsmassnahmen auf deutschem Boden".

*

"Wenn man an uns appelliert, plötzlich eine nationale Einheitspolitik zu machen, dann kann ich nur sagen: Damit operiert man immer, wenn es ein grosses klassenpolitisches Geschäft anträgt".

*

"Was sich heute in Deutschland eingerichtet hat, ist der verspätete Versuch, einen Klassenstaat aufzubauen".

*

Wenn Professor Erhard den Gewerkschaften erklärt, er sei in Fragen der Preise und Löhne auf ihrer Seite, dann kann ich mir eine zynischere Verhöhnung der Gewerkschaften nicht vorstellen. Professor Erhard weiss selbst sehr genau über das Zustandekommen der umfangreichen Preisabreden Bescheid, denn die wichtigsten sind in seinem Dienstgebäude, wenn nicht in seinem Arbeitszimmer, getroffen worden.

--*

Die Einpartei-Regierung in Italien.

 Von unserem Vertreter in Rom

EAM. Die "crisetta"- die kleine Krise- der italienischen Regierung ist seit knapp 14 Tagen beendet und schon spricht man davon, dass die Regierung im Januar erneut überprüft werden soll. Dass die alleinige Regierungspartei, die Democrazia Christiana, am 18. April 48 " zu sehr" gesiegt hat, wird inzwischen vom grösseren Teil des italienischen Volkes offen zugegeben. Dieser Sieg hat die Bildung einer demokratischen Opposition, welche die Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie im westlichen Sinne darstellt verhindert.

Ausserdem hat die Regierungspartei alles getan, um das Entstehen einer "dritten Kraft" unmöglich zu machen. Wenn Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner nun versuchen, eine demokratische Alternative durch Bildung eines Wahlblocks bei den kommenden Regional- und Kommunalwahlen zu bilden, so geschieht das wahrscheinlich zu spät: die wirtschaftliche Lage Italiens hat bereits zunehmend zur Stärkung extremer Rechts- und Linksgruppen geführt. Es muss damit gerechnet werden, dass die neofaschistische Sozialbewegung (MSI) weiter an Einfluss gewinnt.

Als besonders bedenklich wird von verschiedenen Seiten die klerikale Einflussnahme auf die Geschänisse in Italien bezeichnet. Von 305 Abgeordneten der Regierungspartei stammen über 250 aus den Reihen der "Azione Cattolica". Die Katholische Aktion stellt fast alle leitenden Parteifunktionäre des Montecitorio. Und im Senat beträgt ihr Anteil 90 von 150. Ähnlich liegen die Dinge im antikommunistischen Gewerkschaftsverband. Von seinen etwa 1,2 Mill. Mitgliedern, deren über 1000 Delegierte in Rom ihren ersten Nationalkongress abhielten, gehört mehr als die Hälfte der klerikalen Organisation A.C.L.I. an.

Streiks, Arbeiterentlassungen, Fabrikbesetzungen durch die Belegschaften, schwindende Kaufkraft der Massen, immer wieder aufgeschobene Sozialreformen kennzeichnen die Lage. Und wenn der liberale

Wirtschaftler Ernesto Rossi seit längerer Zeit in der unabhängigen Wochenschrift "Il Mondo" eine scharfe Kampagne gegen die unkontrollierbaren Wirtschaftsunternehmungen des Staates zugunsten einer kleinen Clique defizitärer Staatsbetriebe führt, horchen immer weitere Kreise auf. Sein letzter berechtigter Angriff richtete sich gegen den Argentinienvertrag, nach dem Italien zu überhöhten Preisen zu Lasten des Konsumenten Weizen abnimmt, um industrielle Produkte überhaupt exportieren zu können. Montecatini, Pirelli, Breda, Seta Viscosa usw. sind auf dem Weltmarkt infolge hoher Produktionskosten konkurrenzunfähig. Allein Verträge wie mit Argentinien über Weizenabnahme oder mit Polen über Kohlenabnahme sichern die Existenz der Unternehmen.

Derartige Dinge unterliegen seit Anfang November allein der Verantwortung der Regierungspartei, die infolge ihrer diktatorischen Stellung jegliche Opposition zunehmend mit sowjetischem Kommunismus gleichzusetzen sich bemüht. Es ist nicht übertrieben, von einer gewissen Alarmstimmung in verschiedenen politischen Kreisen Italiens zu sprechen, zumal die Spannungen zwischen Democrazia Christiana und der Togliattipartei wachsen.

Zu diesen innerpolitischen Dingen tritt ein anderer, für Italien bedeutungsvoller Aspekt: die Aufrüstung. Man macht den politischen Kampf der Kommunisten zu leicht, wenn eine Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten über den Weg der Aufrüstung versucht wird. Dass Italien im Rahmen des Atlantikpaktes leichte LKW's und Uniformstoffe für Westeuropa liefern wird, wie Verteidigungsminister Raccoldi bekanntgab, musste von gewissen schwachen Industrieunternehmungen begründet werden. Die Tatsache lieferte ausreichend Material für den kommunistischen Kongress der "Partigiani della Pace" (Partisanen des Friedens) in Rom, in dessen Verlauf der Dean of Canterbury in der Soutane der anglikanischen Kirche vor dem vatikanischen Lateranpalast zum Frieden aufrief und als erster Deutscher ein Vertreter der Ostzone in deutscher Sprache vor einer Massenversammlung unter freiem Himmel sprach. Ernst und Lächerlichkeit überschneiden sich hierbei, aber eine Unterschätzung des Ernstes solcher Dinge könnte zu Illusionen über die politische Entwicklung zumindest in Italien führen.

Diffamierte Spanienkämpfer.

Soweit sind wir schon wieder gekommen: eine deutsche Zeitung **unternimmt** es, Angriffe gegen Mitarbeiter des WDR damit zu tätigen

dass einer dieser Männer in Spanien gegen den Faschismus kämpfte. Die "Hamburger Allgemeine Zeitung", Organ der CDU, die in ihrem

Parteinamen verspricht, für demokratische Ideale einzutreten, verdächtigt einen Mann, weil er sich wirklich für die Demokratie ein-

setzte. Weil er dies nicht mit unverbindlichen Worten, sondern mit seinem Leben tat. Was wird der nächste Schritt sein? Vielleicht

werden wir eines Tages hören, wer am Rundfunk arbeiten wolle, müsse zuvor durch den Nachweis, am 30. Januar 1933 mit durchs Branden-

burger Tor marschiert zu sein, Bürgschaft für Charakter und Zuverlässigkeit leisten?

Für diese wahrhaft heintückische Beweisführung ist es keine Entschuldigung, das die CDU vielleicht wieder einmal das Bedürfnis

hatte, vor einer Verwaltungsratssitzung des WDR unter der Last biederwännischer Besorgtheit den Versuch zu machen, politischen

Unfrieden beim Rundfunk zu stiften. Schon der CDU-Vorsitzende, Dr. Adenauer, konnte für die Anschuldigungen, die er in seiner Hambur-

ger Bundestagswahlrede gegen den WDR erhob, den Wahrheitsbeweis nicht antreten. Wir glauben vielmehr, dass Versuche, wie sie jetzt

die "Hamburger Allgemeine Zeitung" unternahm, vor allem bezwecken, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Betriebsamkeit des

Prof. Raskop, Mitglied der CDU und Vorsitzender des Verwaltungsrats beim WDR, abzulenken. Denn allmählich fällt immer weiteren Krei-

sen unliebsam auf, wie hartnäckig er seine Einflussnahme auf den WDR, nicht eben zum Vorteil des Rundfunks, über die Grenzen hinaus

auszudehnen bemüht ist, wie die Rundfunkstatuten zichen.

J.F.V.

Nachrichten aus der Ostzone:Polizei-Lotsendienst bei Potsdam

sp. Der Volkspolizeipräsident von Potsdam, Schwerke, hat angesichts der im Stadtgebiet und in der Umgebung von Potsdam überhandnehmenden Überfälle sowjetischer Soldaten auf deutsche Passanten einen Polizei-Lotsendienst eingesetzt. In den Wintermonaten, vom 1. Oktober 1949 bis zum 31. März 1950 wird vom 1. Volkspolizeirevier Potsdam-Bornim, Potsdamerstr. 38 ein Lotsendienst nach Potsdam-Obelisk täglich dreimal hin und zurück deutsche Zivilisten begleiten.

Volkssärgeschule in Jena.

sp. Die erste "Volkssärgeschule" der Sowjetzone soll im Frühjahr 1950 in Jena errichtet werden. In dreijährigen Lehrgängen will man nach sowjetischem Vorbild "fortschrittliche" und politisch zuverlässige "Volkssärgeschule" ausbilden. Bei der Aufnahme wird allein die politische Einstellung der Bewerber entscheidend sein, wie der SED-Landesvorstand Thüringen dazu bekanntgibt.

Deutsche Ingenieure in Stalingrad

sp. Im Traktorenwerk Stalingrad müssen deutsche Ingenieure Zwangsarbeit leisten. Es ist ihnen verboten, miteinander deutsch zu sprechen. Mehr als tausend verschleppte deutsche Frauen verrichten in den Strassen Stalingrads schwere Bauarbeiten.

Schärfer gegen Grenzgänger.

sp. Die Ostzonengestapo K(D) wird besonders ausgesuchte und geschulte Kommunisten in den Grenzkommandos der Volkspolizei einsetzen. Vorgesehen sind sogenannte Zehnergruppen unter Leitung eines Polit-Kommissars. Diese Gruppen haben ihr besonderes Augenmerk auf die Überwachung der illegalen Grenzgänger zu richten. Augenblicklich werden in Berlin-Bankow genaue Richtlinien ausgearbeitet; u.a. wird man genaue Gepäckkontrollen und Leibesvisitationen nach antisowjetischen Flugblättern, Werkzeichnungen oder sonstigen schriftlichen Zusammenstellungen vornehmen.

Hennecke lebt gefährlich

sp. Als Hennecke kürzlich zu einer Feier seiner bahnbrechenden Tat die Stadt Luckau besuchte, wurde nach dem offiziellen Empfang im SED-Parteilokal, in der "Börse" weiter gesezt. Gegen 4 Uhr morgens raste die Polizei und die Feuerwehr durch das kleine brandenburgische Städtchen - der Grund: Henneckes Wagen, der vor der "Börse" parkte, brannte lichterloh. Jetzt sucht man die "Saboteure".

Aus technischen Gründen mussten wir die Seiten 3 u. 4 aus unserem Dienst herausnehmen, sodass die Reihenfolge der Seiten: 1, 2, 5, 6, 7, 8 ist.